

Policy Briefing Paper

„Demokratiegefährdende Akteure und Strukturen in der Region Rostock und die Gefährdung der Demokratie vor Ort“

Prof.n Dr. Christine Krüger & Prof.n Dr. Júlia Wéber
Hochschule Neubrandenburg; Juni 2024

1. Demokratiegefährdende Akteure und Strukturen

Mecklenburg-Vorpommern weist verschiedene parteipolitische Formationen der extremen Rechten sowie eine große Anzahl heterogener und regional differenzierter Gruppierungen auf, die von Reichsbürger:innen, rechten Burschenschaften und Preppern, Neo-Artaman:innen, völkischen Siedler:innen bis hin zu Neonazi-Gruppierungen und rechtsextremen Kameradschaften reichen¹. Diese vielgestaltige, äußerst aktive, in ökonomische, vorpolitische und politische Strukturen vernetzte und subkulturell orientierte Szene charakterisiert das Bundesland als „Experimentierfeld der extremen Rechten“².

Bei der Analyse demokratiegefährdender Strukturen und Akteure zeigen sich im Raum Rostock Personenüberschneidungen zwischen den parteigebundenen extrem rechten Strukturen, den formell gebundenen Strukturen wie Vereinen, Unternehmen, Burschenschaften sowie den informellen Strukturen wie Bündnissen, Netzwerken und den subkulturell geprägten Milieus. Dies deutet auf wirkmächtige demokratiegefährdende personelle und ideologische Kontinuitäten sowie machtvolle Dynamiken der Strukturen weit über den Raum Rostock, auf landes- und bundesweite Vernetzungen und Partnerschaften mit Akteuren im europäischen Ausland, hin.

Zu den parteigebundenen Akteuren zählen die als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte Alternative für Deutschland (AfD), Die Heimat, Neue Stärke Partei, der III. Weg sowie die Kleinstpartei DIE RECHTE. Neben den extrem rechten Parteien gab und gibt es rechtsextreme Aktivitäten im Raum Rostock, die innerhalb von Vereinsstrukturen umgesetzt werden. Insbesondere die Identitäre Bewegung hat mit einem Firmengeflecht aus unterschiedlichen Unternehmen einen Schwerpunkt in der Stadt Rostock. Im Landkreis Rostock wirkt insbesondere der Verein Küstenwende e. V. in Güstrow. Schließlich weist der Raum Rostock eine Vielzahl informeller und dynamischer rechtsextremer und neonazistischer Strukturen auf. Hier sind insbesondere die Aktivitäten der Kameradschaften Güstrow und Bützow, dem Freiheitlichen Bündnis Güstrow und der Rostocker Division zu nennen. Es ist davon auszugehen, dass es hier Personenüberschneidungen auch in die Subkulturen der Kampfsportszene in

¹ Vgl. Gille/Krüger/Wéber 2022, 32–38.

² Trepsdorf 2017.

der Stadt Rostock und der Rechtsrockszene im Raum Rostock gibt. Einflussnahmen der extrem rechten Szene zeigen sich ebenso deutlich bei einigen Mitgliedern in der Fankultur des FC Hansa Rostock. Schließlich begeht die rechtsextreme Szene auch im Raum Rostock vernetzende und identitätsformierende Veranstaltungen.

Ein besonderer Fokus liegt auf den Völkischen Siedlungen in den ländlichen Räumen des Landkreises Rostock. Auch hier ist ein hoher Vernetzungsgrad mit der rechtsextremen Szene nachweisbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Strukturen weiter expandieren. Personen von außen ziehen zu und bereits angesiedelte Familien vergrößern sich und erwerben weitere Häuser und Grundstücke in den betreffenden Regionen.

2. Bedrohungslage für die demokratische Zivilgesellschaft

Die Studie belegt die Kontinuität rechtsextremer Dynamiken und Akteure, die in den letzten fünf Jahren im öffentlichen Raum sehr viel sichtbarer und selbstbewusster geworden sind. Die Vernetzung der rechtsextremen Akteure habe sich professionalisiert, sodass es leichter gelinge, Einfluss auf das Gemeinwesen und eine breite Öffentlichkeit zu nehmen. Dies kann als gelungene Landnahme gedeutet werden, in der es rechtsextremen Akteure geschafft haben, größere Resonanz für rassistische und völkische Ideologien zu erzeugen.

So entstehen Räume, in denen extrem rechtes Denken und Handeln alltäglich werden. Dabei ergreift insbesondere Rassismus viel Raum – er ist das dominante Narrativ der Ungleichwertigkeit, das mit Angstmache und der Forderung einer exklusiven Solidarität einhergeht. Und es entstehen Räume, in denen menschenfeindliche Ideologien unhinterfragt bleiben und alltäglich gelebt werden. Der Umgang mit dieser „bedrohlichen Normalität“³ zeigt sich beispielhaft in den Bedrohungssituationen im Sozialraum von Einrichtungen politischer Bildungsarbeit oder während Demonstrationen für gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie. Die Bedrohungen für zivilgesellschaftlich organisierte Einrichtungen und Angebote sowie Einzelpersonen von Institutionen, die sich für Demokratieförderung, Vielfalt, Antidiskriminierung und für Geflüchtete einsetzen, sowohl in der Stadt Rostock als auch in ländlicheren Gegenden im Landkreis Rostock, sind alltäglich und massiv. Mit den Ergebnissen der Kommunal- und Europawahlen (Juni 2024) sind diese Einflussnahmen auch parlamentarisch sichtbar geworden. Es sind diese Bedrohungslagen, Einschüchterungsversuche, gewaltvollen Angriffe und strukturübergreifenden Aktivitäten der extremen Rechten, die versuchen, Zivilgesellschaft zu destabilisieren. Demokratiegefährdend sind diese Einflussnahmen dann, wenn sie es schaffen, demokratisches Engagement zu zersetzen⁴.

Nach den Kommunalwahlen im Juni 2024 blicken Fachkräfte in demokratiefördernden Projekten mit vermehrter Sorge in ihre berufliche Zukunft. Sie befürchten für ihre und andere Einrichtungen der Demokratieförderung einen Rückgang von Fördermitteln und

³ Gille/Krüger/Wéber 2022, 129.

⁴ Vgl. Quent 2022, 08.06.24.

Fördermöglichkeiten, Angriffe auf Gemeinnützigkeit, Angriffe durch Denunziationen – persönlich und als Organisationskomplex durch demokratiefeindliche Akteure. Auch werden zunehmend Konflikte im vorpolitischen Raum erwartet, die die Einrichtungen beim Kampf um die Köpfe und die Straße, das heißt beim Transport politischer Botschaften nach innen und außen, und bei der Diskursgestaltung vor die Herausforderung stellen, mehr Ressourcen wie Zeit, Personal und letztendlich finanzielle Mittel aufwenden zu müssen, um die alltägliche Arbeit bewältigen zu können.

Rechtsextremistische Einzelfälle im öffentlichen Dienst im Land Mecklenburg-Vorpommern⁵ zeigen die Notwendigkeit der Kontrolle und transparenter strafrechtlicher juristischer Konsequenzen, wenn Personen aus dem öffentlichen Dienst suspendiert werden müssen.⁶

3. Handlungsempfehlungen

- (1) Für zivilgesellschaftliche Akteure – Fachkräfte wie Ehrenamtliche – gehören Bedrohungen und tätliche Angriffe zum Alltag. Sie alle sind darauf angewiesen, Sicherheit im Alltag dazuzugewinnen. Es ist wesentlich, dass Teams und Träger gefährdeter Einrichtungen mit Akteuren der Polizei, des Staatschutzes und der Justiz **vertrauensvolle Netzwerkkoperationen etablieren, um im Falle von Bedrohungen und tätlichen Angriffen im Sozialraum schnell und koordiniert handeln zu können.**
- (2) Um **einer Normalisierung rechtsextremer Symbole, Raumnahmen und Straftaten entgegenzuwirken**, muss es seitens der verantwortlichen Entscheidungsträger:innen ein konsequentes und zügiges Handeln geben. Dazu gehört die Arbeit der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden genauso wie die öffentliche Positionierung der Vertreter:innen der Kommunal- und Landespolitik.
- (3) Demokratie als Gesellschaftsform ist auf aktive Beteiligung breiter Bevölkerungsteile, auf partizipative Formate, Verantwortungsübernahme für sich und andere, auf Haltung und Konsensbildung angewiesen. In öffentlichen Bildungsinstitutionen sollten **aktive Demokratieerfahrungen in partizipativen Formaten für alle Bevölkerungsgruppen** möglichst in allen Altersgruppen bereitgestellt werden.
- (4) **Alle Institutionen der Demokratieförderung brauchen verlässliche und langfristige Finanzierungskonzepte.** Die Angebote auf Projektbasis können den vielen gesellschaftspolitischen Herausforderungen in der politischen, ökologischen, historisch-politischen und inklusiven Bildungsarbeit sowie in der pädagogischen und Beratungsarbeit nicht begegnen.
- (5) Außerschulische Lernorte mit non-formalen und informellen Bildungsangeboten sind sowohl in städtischen, hier insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, wie in

⁵ BfV 2022, 101.

⁶ BfV 2022, 103.

ländlichen Räumen nicht flächendeckend und können dadurch nicht alle Kinder und Heranwachsenden erreichen. In der **außerschulischen Jugendarbeit und -Bildung sind weitere Angebote notwendig**. Ein Verständnis von Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform⁷ kann nur im Alltag verankert breite demokratieförderliche Wirkung entfalten.

- (6) Fachkräfte in pädagogischen und sozialen Berufen begegnen demokratiegefährdenden Phänomenen potenziell alltäglich. **Fort- und Weiterbildungsangebote über demokratiegefährdende Strategien, Strukturen und Akteure sind für Fachkräfte** flächendeckend zu etablieren, damit sie demokratiegefährdende Phänomene in ihrem beruflichen Alltag erkennen und angemessen darauf reagieren können. Durch fundierte, aufeinander abgestimmte Weiterbildungsmodule können sie sensibilisiert werden für die Anzeichen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und alle Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, um diese frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.
- (7) Um **rechtsextremistische Verdachtsfälle im öffentlichen Dienst** konsequent aufzuklären und bei Bedarf juristische Konsequenzen einleiten zu können, ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit staatlicher Behörden der Justiz, der Polizei und des Staatsschutzes sowie der Kriminalitätsprävention mit nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Institutionen auf Basis vom professionellen und regelmäßigen Informationsaustausch notwendig.⁸
- (8) **Rechtsextreme Kämpfer:innen, Trainer:innen und Gyms müssen aus öffentlichen Sportevents konsequent ausgeschlossen werden**. Dies lässt sich nur in Bündnispartnerschaft mit der Polizei und den zivilgesellschaftlich organisierten Akteuren der Sportförderung/des Verbandsports durchsetzen.
- (9) **Die völkischen Landnahmen müssen noch stärker beobachtet werden**. Im Landkreis Rostock haben sich rechtsextreme Strukturen verfestigt, die sich ausweiten und perspektivisch demokratische Zivilgesellschaft aus den ländlichen Räumen verdrängen.
- (10) Es braucht eine **kritische Auseinandersetzung mit der extrem rechten AfD und davon ausgehend ein strategisches Handeln auf kommunal- und landespolitischer Ebene**. Nun gilt es im vorpolitischen wie im politischen Raum, im Ehrenamt, in Bildungseinrichtungen, im Betrieb und an allen ihren Schnittstellen, sich klar gegen rassistische, menschenverachtende und exkludierende Äußerungen zu positionieren. Die in MV als rechtsextremer Verdachtsfall geltende Parteifraktion der AfD trägt zu einer Normalisierung rassistischer und völkischer Ideologien bei. Vertreter:innen der Partei sind nachweisbar mit der rechtsextremen Szene vernetzt bzw. fallen selbst durch antidemokratische und demokratiegefährdende Äußerungen auf.

⁷ Himmelmann 2001.

⁸ Vgl. BfV 2022, 102.

Literatur

BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Sicherheitsbehörden. Lagebericht. Köln: BfV.

Gille, Christoph/Krüger, Christine/Wéber, Júlia (2022): Einflussnahmen der extremen Rechten. Herausforderung für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Himmelman, Gerhard (2001): Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform: Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Jaschke, Hans-Gerd (2016): Strategien der extremen Rechten in Deutschland nach 1945. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 115–134.

Quent, Matthias (2022): (Nicht Mehr) Warten auf den "Tag X". Ziele und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/301136/nicht-mehr-warten-auf-den-tag-x/>, 08.06.24.

Trepzdorf, Daniel K. W. (2017): Mecklenburg-Vorpommern 2017. Kontinuitäten und neue exemplarische Entwicklung. www.belltower.news/mecklenburg-vorpommern-2017-kontinuitaeten-und-neue-exemplarische-entwicklung-46398/, 08.06.24.